

XXII. GP.-NR
1207/J
2003 -12- 04

ANFRAGE

der Abgeordneten Öllinger, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Justiz

betreffend die Praxis, ältere arbeitslose Menschen in die Berufsunfähigkeitspension zu drängen

Seit mehreren Jahren sind verstärkte Bemühungen zu beobachten, ältere, von Arbeitslosigkeit betroffene Menschen in die Berufsunfähigkeitspension zu drängen. Die Betroffenen erhalten während jener Zeit, in der das Vorliegen der Voraussetzungen für eine Berufsunfähigkeitspension geprüft wird, einen Pensionsvorschuss, der niedriger ist als der ihnen zustehende Betrag aus der Arbeitslosenversicherung. Ein erheblicher Anteil der Prüfungsverfahren seitens der Pensionsversicherungsanstalten und der Sozialgerichte endet mit der Ablehnung des Antrags. Dennoch erfolgt keine Nachzahlung des aus dieser Tatsache resultierenden Einkommensverlusts.

Die genannten Verfahren haben eine erhebliche Erhöhung der Belastung der Arbeits- und Sozialgerichte zur Folge.

Es liegt der Verdacht nahe, dass auf diese Weise die Aufwendungen für Leistungen nach dem Arbeitslosenversicherungsgesetz ungerechtfertigt und gesetzeswidrig zum Nachteil der betroffenen Menschen reduziert werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie viele Verfahren in Zusammenhang mit der Nichtzuerkennung einer Berufsunfähigkeitspension durch die jeweiligen Pensionsversicherungsträger wurden jeweils in den Jahren 2000, 2001, 2002 und 2003 bei den Arbeits- und Sozialgerichten geführt?
2. In wie vielen dieser Verfahren waren arbeitslose Menschen gezwungen, als KlägerInnen aufzutreten?
3. Wie viele der Verfahren nach Frage 2. endeten mit der Ablehnung des Antrags auf Zuerkennung einer Berufsunfähigkeitspension?
4. Ist es richtig, dass die Arbeits- und Sozialgerichte in den letzten Jahren mit einem unerwartet hohen Anstieg der Verfahren zur Feststellung der Voraussetzungen für die Zuerkennung einer Berufsunfähigkeitspension konfrontiert sind?
5. Gibt es im Bereich der Justiz Wahrnehmungen, die darauf hindeuten, dass der Anstieg derartiger Verfahren in Zusammenhang mit Bestrebungen steht, ältere Arbeitslose in die Pension zu drängen?